

# Kreis reduziert sein Defizit

Parlament beschließt überarbeiteten Haushalt – Minus liegt nun bei 6,3 Mio. Euro

VON MICHAEL SCHRÄER

**AHNATAL.** Der Landkreis Kassel bessert seinen Haushalt nach. Mit den Stimmen von SPD, Teilen der Grünen und der Linken sowie einem Piraten beschloss der Kreistag, den Fehlbedarf für 2014 auf 6,3 Mio. Euro durch Einnahmeverbesserungen und Ausgabenkürzungen zu reduzieren.

Damit reagierte das Parlament darauf, dass das Regierungspräsidium (RP) Kassel als Aufsichtsbehörde den ursprünglichen Haushalt nicht genehmigte. In diesem war beim Etat von 270 Mio. Euro

das Defizit für 2014 mit zwölf Millionen Euro kalkuliert worden. Erreicht werden die Haushaltsverbesserungen unter anderem dadurch, dass der Landkreis an der Bauunterhaltung von Straßen, Schulen und Verwaltungsgebäuden spart (1,7 Mio. Euro), weniger an den Landeswohlfahrtsverband zahlen muss (1,5 Mio. Euro) und pauschal alle Ausgaben um ein Prozent reduziert.

Landrat Uwe Schmidt (SPD) kritisierte die Aufsichtsbehörde, die zusätzliche finanzielle Belastungen zum Beispiel durch die Unterbringung von Asylbewerbern nicht als un-

vorhersehbar einstufte und berücksichtige. Der Kreis sei seinen Verpflichtungen auch des Schutzschirm-Vertrages nachgekommen. Und: „Uns laufen die Kosten davon.“

Für die CDU sei die Ablehnung des Haushalts durch das RP nicht überraschend, meinte Fraktionschef Frank Williges. Klar müsse das Land für die Kosten der Unterbringung der Asylbewerber aufkommen, dennoch sollten Landrat und SPD „nicht immer andere für die Haushaltsmisere verantwortlich machen“.

Lasse Becker (FDP) hätte sich „mehr Sparwillen der

Verwaltung gewünscht“. Und Dr. Thomas Gudehus (Grüne) merkte an, dass die Kreisverwaltung „vorher wohl nicht alles unternommen hatte, wenn sie jetzt in der Lage ist, 5,7 Millionen einzusparen“.

Der jetzigen Vorlage stimme man „der Not gehorchend zu, weil wir einen genehmigten Haushalt brauchen“, meinte Edgar Paul (SPD). Mit großer Mehrheit stimmte man Begleitanträgen von SPD und CDU zu, in denen auch die Erstattung der Kosten durch Bund und Land für die Unterbringung von Asylbewerbern gefordert wird.